

CDU-Fraktion Lichtenberg | Möllendorffstraße 6 | 10367 Berlin

An den Regierenden Bürgermeister von Berlin

Herrn Kai Wegner
Rotes Rathaus
Rathausstraße 15
10178 Berlin

sowie

An die Senatorin für Inneres und Sport

Frau Iris Spranger
Klosterstraße 47
10179 Berlin

per Mail: Der-Regierende-Buergermeister@senatskanzlei.berlin.de
senatorin@seninnsport.berlin.de

Kopie: martin.schaefer@lichtenberg.berlin.de

CDU-Fraktion Lichtenberg

Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin
Telefon 030 55 888 75

www.cdu-fraktion-lichtenberg.de
post@cdu-fraktion-lichtenberg.de

Vorsitzender: Benjamin Hudler
Stellvertreterin: Sarah Ribbeck
Stellvertreter /
Schatzmeister: Mike Krüger

Berlin, den 19. August 2025

Betrifft: INTA Pride Berlin 2025 – Notwendigkeit klarer Auflagen und Abgrenzung gegenüber antisemitischen Inhalten

Sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,
sehr geehrte Frau Senatorin,

mit großer Sorge haben wir als CDU-Fraktion in der BVV Lichtenberg die Inhalte und begleitenden Materialien zur geplanten Demonstration „INTA* Pride Berlin 2025“ zur Kenntnis genommen, die am 30. August 2025 auch durch unseren Bezirk führen soll. Die Veranstaltung verknüpft queere Anliegen mit politischen Aussagen zur sogenannten „palästinensischen Befreiung“, spricht von „Genozid“ und „Besatzung“ und bezieht sich positiv auf die „Internationalist Queer Pride“, die am 26. Juli 2025 aufgrund antisemitischer Parolen und gewaltsamer Ausschreitungen aufgelöst wurde. Diese Form der Politisierung queerer Sichtbarkeit ist aus unserer Sicht nicht nur inhaltlich verfehlt, sondern überschreitet auch die Grenzen des Sagbaren, wie sie durch die IHRA-Arbeitsdefinition von Antisemitismus klar umrissen sind.

Wir möchten betonen: Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind hohe Güter unserer Demokratie. Doch sie enden dort, wo aus Kritik Dämonisierung wird, wo

Delegitimierung und Hetze gegen den Staat Israel und seine Bürgerinnen und Bürger betrieben werden. Berlin darf kein Ort sein, an dem Antisemitismus – gleich welcher Couleur – auf unseren Straßen geduldet wird.

Vor diesem Hintergrund bitten wir Sie eindringlich:

1. **Die Demonstration mit klaren Auflagen zu versehen**, insbesondere:
 - Verbot nationaler Flaggen, die geeignet sind, Konflikte zu schüren,
 - Verbot strafbarer Symbole und Parolen (§§ 86a, 130, 140 StGB),
 - Vorlage eines belastbaren Ordner- und Sicherheitskonzepts.
2. **Die Verwendung offizieller Berlin-Logos für die Demonstrationen zu prüfen und ggf. zu untersagen**, sofern keine Genehmigung vorliegt.
3. **Eine Prüfung etwaiger Fördermittel** durch das Land Berlin oder bezirkliche Stellen vorzunehmen, um eine politische Vereinnahmung öffentlicher Mittel zu verhindern.

Wir stehen für eine offene, vielfältige Stadtgesellschaft – aber auch für eine klare Haltung gegen jede Form von Antisemitismus. Wir erwarten nach den unglaublichen Szenen auf Berlins Straßen oder gegen die Eröffnung eines israelischen Restaurants in Berlins Mitte nunmehr entschlossene Haltung gegen jede Form der direkten und indirekten Diskriminierung von israelischen Staatsbürgern oder Juden. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass jüdische Mitmenschen in Berlin nicht mehr sicher sind.

Wir danken Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und Ihr entschlossenes Handeln.

Mit freundlichen Grüßen

Benjamin Hudler
Fraktionsvorsitzender

Sarah Ribbeck
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende